

(22.04.2016 – 03.05.2016)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller (MdL)

04.05.2016 - Landesregierung legt Wert auf barrierefreien Ausbau von kleinen Bahnhöfen

Hessen profitiert vom Zukunftsinvestitionsprogramm für den barrierefreien Ausbau von kleinen Bahnhöfen. Insgesamt investieren der Bund und das Land rund 30 Millionen Euro in die Modernisierung barrierefreier Haltestellen in Hessen, die nicht mindestens von 1000 Fahrgästen am Tag frequentiert werden.

Aus Sicht der zuständigen Landtagsabgeordneten für den Landkreis Kassel, Karin Müller, ist das der einzig richtige Weg, barrierefreies Reisen für Menschen mit Beeinträchtigungen, altersbedingten Schwächen und für Eltern mit Kinderwagen attraktiver zu machen. Gerade im ländlichen Raum, wo Nahverkehrszüge ein wichtiges öffentliches Verkehrsmittel darstellen und zugleich einen wichtigen Aspekt an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bilden, ist ein barrierefreier Zugang in Bahnhöfen elementar.

Im Landkreis Kassel profitieren die Bahnhöfe Baunatal-Guntershausen, der in Nähe eines Altenhilfezentrums liegt, mit 2.080.000 Euro und Fuldata-Ihringshausen, nah des Seniorenzentrums und einer Tagespflegeeinrichtung, mit 120.000 Euro von dem Modernisierungsschub. Der Schwerpunkt liegt in der Modernisierung der Bahnsteige und bei barrierefreien Bahnsteigzugängen. In Fuldata-Ihringshausen wird ein taktiles Leitsystem ergänzt. „Das ist eine erfreuliche Entwicklung, denn die Teilhabe von Menschen mit Handicap gehört zu den Schwerpunktthemen der Gegenwart. Das Ziel ist damit aber lange noch nicht erreicht, langfristig muss allen Reisenden ein barrierefreier Zugang zum öffentlichen Nah- und Fernverkehr ermöglicht werden“, so Müller. „Umso begrüßenswerter ist es, das die Deutsche Bahn AG und das Land bis 2025 möglichst alle Bahnsteige in Hessen flächendeckend stufenfrei umgestalten wollen.“

Mit einer Ausnahme wurden 24 angemeldete Projekte in das Modernisierungsprogramm aufgenommen. Ein Ergebnis langjähriger guter Zusammenarbeit des Landes mit den Verkehrsverbänden und der DB Station&Service AG. Kein anderes Bundesland hat bei den Projektanmeldungen eine so gute Quote erreicht. Voraussetzung für die Investitionen des Bundes war, dass Land und Kommunen Mittel in der gleichen Höhe zur Verfügung stellen. Das Land Hessen hat sich dazu entschieden, den zu tragenden Anteil der Kommunen von sechs Millionen Euro zu übernehmen. „Ein Beleg dafür, dass Barrierefreiheit in Hessen groß geschrieben wird.“

Karin Müller (MdL)

04.05.2016 - Kommunaler Schutzschirm GRÜNE Landtagsabgeordnete Karin Müller gratuliert Kassel zum finanziellen Erfolg

Die Landtagsabgeordnete Karin Müller gratuliert der Stadt Kassel, die 2015 vorzeitig das Ziel des Schutzschirm-Programms des Landes Hessen für die Kommunen erreicht hat. „Es ist ein großer Erfolg aller beteiligter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, dass sie in drei aufeinanderfolgenden Jahren den Haushalt ausgleichen konnten. Damit erfüllt Kassel die Grundvoraussetzung, um den Schutzschirm des Landes vorzeitig verlassen zu können.“

Die von Finanzminister Schäfer vorgestellte Schutzschirm-Bilanz für 2015 zeigt aus Sicht von Müller, dass sich die großen Anstrengungen in den Kommunen weit schneller auszahlen als erhofft. „Die 100 hessischen Kommunen, die 2012 besonders finanzschwach waren und dem Schutzschirm des Landes beitraten, haben nur drei Jahre gebraucht, um das Blatt zu wenden.“ Schon im vergangenen Jahr erzielten sie in Summe einen Haushaltsüberschuss und übertrafen damit die Konsolidierungsziele um mehr als 300 Millionen Euro.

Etwa die Hälfte aller Schutzschirmkommunen habe 2015 den Haushaltsausgleich erreicht. Acht Kommunen, darunter der Landkreis Marburg-Biedenkopf, der Wetteraukreis, die Städte Kassel, Borken, Kirchhain, Frankenau und Hatzfeld, sowie die Gemeinde Kirchheim hätten darüber hinaus das Gesamtziel des Schutzschirm-Programms bereits jetzt erreicht. Müller kündigt an, dass die GRÜNEN die Entwicklung der kommunalen Finanzen weiter im Auge behalten werden: „Mit dem Kommunalen Schutzschirm, dem neuen bedarfsorientierten Kommunalen Finanzausgleich und dem 2015 aufgelegten Investitionsprogramm haben wir auf Landesebene viel auf den Weg gebracht. Darauf können Land und Kommunen aufbauen.“

Rathausfraktion

02.05.2016 Tempo 70 auf Druseltalstraße ist falsches Signal

Für die Kasseler Grünen ist die erneute Freigabe von Tempo 70 auf der Druseltalstraße nicht nachvollziehbar. „Gemäß der Zielsetzungen des Verkehrsentwicklungsplans stehen für uns Lärminderung, Luftreinhaltung und Verkehrssicherheit für die Kasseler Straßen im

Vordergrund“, so Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. Mit der willkürlichen Entscheidung des Regierungspräsidiums, die bewährte Regelung von Tempo 50 aufzuheben, werden diese Ziele aus grüner Sicht konterkariert. Sehenden Auges werde die Gefahrenlage für die schwächeren Verkehrsteilnehmer zu Fuß und per Rad erhöht.

Rathausfraktion

29.04.2016 Kommunales Investitionsprogramm - eine große Chance für Kassel

„Wir Grüne unterstützen das Kommunale Investitionsprogramm, wie es im Finanzausschuss beschlossen worden ist“, so Dorothee Köpp, haushaltspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. „Es ist eine große Chance für Kassel, dass längst überfällige Investitionen nun endlich getätigt werden können. Zumal die energetische Sanierung der Gebäude unsere Stadtkasse und Umwelt langfristig schonen werden.“

„Die insgesamt 42 Millionen Euro kommen direkt den Menschen dieser Stadt zugute. Vom Löwenanteil profitieren unsere Kinder an den Schulen und in den Sporthallen. Die geplanten 4,5 Millionen Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung stärken zudem die Chancengleichheit und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Köpp weiter. In die Liste der überfälligen Projekte gehöre auch die Rathaussanierung.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben einen Anspruch auf einen gut funktionierenden Rathausbetrieb. Darüber hinaus tragen die Stadtverordneten auch die Verantwortung für die 450 Rathausmitarbeiter*innen im Karlsflügel. Die Sanierung dürfe nicht länger hinausgezögert werden. „Am Ende kann sich Kassel doppelt über KIP freuen: Einerseits über die vielen Projekte, die damit verwirklicht werden können und andererseits über die freiwerdenden Mittel im Stadthaushalt, die in den nächsten fünf Jahren anderen Projekten zugute kommen werden. Wir Grünen stehen dabei für nachhaltige Investitionen zum Wohle der Kasseler Bürgerinnen und Bürger.“

Nicole Maisch, MdB

29.04.2016 Eier-Kennzeichnung: Wirtschaft unterstützt mehr Transparenz

Zu den positiven Signalen für eine Kennzeichnungspflicht verarbeiteter Eier vom Bundesverband Deutsches Ei und dem Verein für kontrollierte Tierhaltung (Kat) erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik, und Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Wir begrüßen die zukunftsweisenden Signale aus der Wirtschaft ausdrücklich. Sie sind für

Landwirtschaftsminister Schmidt nicht mehr zu überhören. Da von ihm keine sinnvollen Impulse für Verbraucherschutz und Tierwohl zu erwarten sind, erhöht jetzt auch die Wirtschaft den Druck – das ist ein Novum. Wir fordern den Minister auf, den greifbaren Verbesserungen nicht im Wege zu stehen, wenn er schon selbst keinen konstruktiven Beitrag leistet.

Es ist ein Gewinn für Verbraucherinnen und Verbraucher, wenn klar erkennbar ist, welche Eier in Nudeln und Keksen verarbeitet sind. Es ist zudem ein Gewinn für den Tierschutz, wenn importierte Eier aus tierquälerischen Legebatterien nicht mehr unbemerkt ihren Weg in unsere Lebensmittelregale finden. Und es ist enorm wichtig für die Bäuerinnen und Bauern, die in Deutschland Hennen halten und im Moment mit billigem Ei-Pulver aus Käfig-Eiern konkurrieren müssen.

Wir sind überzeugt, dass eine Kennzeichnung von Eiprodukten schließlich dazu führen wird, dass Käfigeier immer weniger Abnehmer finden und ausgelistet werden. Die Einführung der Kennzeichnung auf Eier hat bewiesen: Bei Transparenz greifen immer mehr Menschen zu den Produkten mit mehr Tierschutz. Insgesamt gilt: Haltungssysteme der landwirtschaftlichen Tiere sollten klar erkennbar sind – bei Eiern und bei Fleisch.

Nicole Maisch (MdB)

29.04.2016 Parlamentskreis Tierschutz im Bundestag fordert Verbesserung der finanziellen Situation der Tierheime in Deutschland

Bei der zweiten Sitzung des Parlamentskreis Tierschutz im Deutschen Bundestag am Donnerstag, den 28. April 2016 stand die finanzielle Situation der Tierheime in Deutschland auf der Agenda. Unter der Schirmherrschaft von Christina Jantz-Herrman (SPD), Nicole Maisch (derzeit in Mutterschutz vertreten; durch Harald Ebner; beide Bündnis 90/Die Grünen), Birgit Menz (Die Linke) und Dagmar G. Wöhrle (CDU/CSU) diskutierten Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen gemeinsam Lösungswege, um die finanzielle Situation der Tierheime in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

Nachdem Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, die aktuellen Herausforderungen der deutschen Tierheime darlegt hatte, stellte Dr. Katharina Kluge, Leiterin des Referats Tierschutz im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Einschätzung des Ministeriums zur Tierheimthematik vor.

Im Anschluss wurden Lösungsansätze zur Verbesserung der finanziellen Situation der Tierheime in Deutschland erörtert und gemeinsame Forderungen in einer überparteilichen Erklärung formuliert (die Erklärung finden Sie im Wortlaut anbei).

Der Parlamentskreis Tierschutz dient der partei- und fraktionsübergreifenden Auseinandersetzung mit

tierschutzrelevanten Themen und steht allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages offen, egal ob sie in den entsprechenden Fachausschüssen aktiv sind, sich in Tierschutzvereinen oder ihrem Wahlkreis für Tierschutzthemen engagieren oder sich allgemein für das Tierwohl interessieren.

Gemeinsame überparteiliche Erklärung des Parlamentskreises Tierschutz im Deutschen Bundestag zur finanziellen Situation der Tierheime in Deutschland

Mit enormem Engagement nehmen Tierheime im ganzen Land in Not geratene Tiere aller Art auf, pflegen und beherbergen sie. Die vielen ehrenamtlichen Helfer*innen, die sich in den Tierschutzvereinen und Tierheimen einbringen, sind hierbei eine wichtige Unterstützung. Oftmals übernehmen die Tierheime bei der Tierunterbringung staatliche Aufgaben. Wachsende Abgabe- und Fundtierzahlen, längere Verweildauern der Tiere, steigende Haltungs-, Futter- und tierärztliche Versorgungskosten sowie der Rückgang von Spenden stellen viele Tierheime jedoch vor enorme finanzielle Herausforderungen, zum Teil bis zum Rande ihrer Existenz.

Die Unterstützung der Tierheime ist nach Ansicht des Parlamentskreises Tierschutz im Deutschen Bundestag ein gesamtgesellschaftliches Interesse, welchem sich die öffentliche Hand nicht entziehen darf. Es muss Praxis werden, dass Tierheime aufgrund der Übernahme von staatlichen Aufgaben entstandene Ausgaben tatsächlich auch kostendeckend erstattet bekommen. Bund, Länder und Kommunen müssen hinsichtlich ihres Verantwortungsbereiches auf gute Rahmenbedingungen für die Tierheime hinwirken. Auch Phänomene wie dem illegalen Welpenhandel und „Animal Hoarding“ sowie der nicht sachgemäßen Haltung von Tieren – insbesondere von exotischen oder gefährlichen Tieren – ist entgegenzuwirken, um die Tierheime langfristig zu entlasten. Um die Kenntnisse im Umgang mit Tieren zu steigern, bedarf es eines umfangreichen Angebots an sachdienlichen Informationen für künftige Besitzer*innen, die sich dann sicher auch positiv auf die Kaufentscheidung oder eben den Verzicht eines Kaufes auswirken. Solch ein Fachkundenachweis würde dazu beitragen, dass die nötigen Kenntnisse vorhanden sind, um ein Tier fach- und artgerecht zu halten. Unüberlegten Spontankäufen, ohne über das Verhalten und die Bedürfnisse der Tiere Bescheid zu wissen, würde somit vorgebeugt. Wir wollen keine überforderten Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer mehr, die ihre Tiere im Tierheim abgeben oder einfach aussetzen.

Der Parlamentskreis Tierschutz im Deutschen Bundestag möchte Anstoß geben für eine bessere finanzielle Versorgung der Tierheime in Deutschland. Wir fordern daher eine ausreichende Unterstützung der Tierheime durch den Staat für den steigenden Finanzbedarf für Futtermittel und

veterinärmedizinische Leistungen sowie eine Förderung von Investitionen von Tierheimen mit Blick auf Quarantäne- und Hygienevorschriften. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Ausgestaltung der Fundtierpauschale sowie eine Aufhebung der rechtlichen Unterscheidung zwischen Fundtieren und herrenlosen Tieren ein, die es den Tierheimen erlaubt, ihre laufenden Kosten zu decken.

Karin Müller (MdB)

28.04.2016 Ab in die Tonne“ – in Biomüll steckt viel Potenzial

Die Kasseler GRÜNEN unterstützen die Kampagne „Aktion Biotonne“, mit der die hessische Landesregierung gemeinsam mit zahlreichen hessischen Kommunen – darunter Kassel – auf das große Potenzial von Bioabfall aufmerksam machen will. „Die Biotonne trägt dazu bei, dass Kreisläufe gut funktionieren, weil die organischen Abfälle sinnvoll wiederverwendet werden können“, erklären die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller und die Parteivorsitzende Vanessa Gronemann. „Alles, was biologisch abbaubar ist, darf in die Biotonne. Hier kann jeder einzelne Haushalt ganz aktiv etwas für einen nachhaltigen Umweltschutz zu tun. Küchenreste und Gartenabfälle werden als Kompost der Natur zurückgegeben können, oder sie dienen durch die Vergärung der Gewinnung von Energie.“ Die Biotonne wurde 1983 in Hessen erfunden. Damals begannen Studierende der Universität Witzenhausen, weiße Eimer mit Deckeln in mehr als 500 Haushalten zu verteilen, um darin die privaten Haushaltsabfälle zu sammeln. Dazu Gronemann: „Von Witzenhausen ging eine Idee aus, die sich gut durchsetzen konnte, weil sie für jede und jeden einfach umzusetzen ist.“ Mitte der 1990er Jahre verbreitete sich die Bioabfallverwertung in ganz Deutschland. Seit dem 1. Januar 2015 schreibt das Kreislaufwirtschaftsgesetz deutschlandweit eine verpflichtende Sammlung von Bioabfällen vor. Auch in Belgien, Österreich, Luxemburg, Schweden und Norwegen werden Bioabfälle landesweit getrennt gesammelt und verwertet. Die „Aktion Biotonne“ ist eine Informationskampagne der Landesregierung mit zahlreichen nützlichen Informationen und Tipps. Beispielsweise kann man die Biotonne im Sommer mit Essig säubern, das vermindert Geruch und macht die Biotonne uninteressant für Insekten. „Aus der Küche können zum Beispiel verdorbene oder übrig gebliebene Essensreste, alle Gemüse- und Obstreste, Kaffeesatz und Teebeutel in die Biotonne gegeben werden. Aber auch Gartenabfälle wie angetrockneter Grasschnitt, Wurzeln, Laub oder Fallobst und auch sonstige Abfälle wie Haare, Federn oder Papiertaschentücher sind organische Materialien, die sich problemlos wiederverwerten lassen“, erklärt Müller. Weitere Informationen zur Aktion: <http://aktion-biotonne.de/>

Nicole Maisch (MdB)

27.04.2016 EEG-Novelle – Bundesregierung bremst Energiewende aus

„Die Bundesregierung macht bei der Energiewende eine Rolle rückwärts. Mit ihren Plänen zur Novelle des EEG bremst sie die Energiewende massiv aus. Gerade die regionale Energiegewinnung käme dabei unter die Räder. Das wäre ein gewaltiger Rückschritt, der auch in unserer Region die guten wirtschaftlichen und energiepolitischen Entwicklungen systematisch zurückwerfen würde.“ kritisiert Nicole Maisch, nordhessische Bundestagsabgeordnete der Grünen den aktuellen Gesetzentwurf der großen Koalition in Berlin zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). SPD und CDU übernehmen damit den Kurs der großen Energieversorger, die bislang die erneuerbaren Energien verschlafen haben. „Gerade die Genossenschaften, die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren und das bürgerschaftliche Engagement sind wesentliche Säulen der Energiewende.“ stellt Maisch fest. Wenn SPD und CDU jetzt die positive Entwicklung der Windenergie gesetzlich abwürgen, seien auch die Genossenschaften mit ihren Engagements in Windpark-Projekten direkt betroffen und existentiell gefährdet. „Die große Koalition muss ihren Rückwärtsgang beenden. Sonst bleiben die Klimaschutzziele von Paris nur ein Lippenbekenntnis.“

Nicole Maisch (MdB)

25.04.2016 Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche: Tierleid beenden

Zum internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche erklären Kai Gehring, Sprecher für Hochschule, Wissenschaft und Forschung und Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutz- und Verbraucherpolitik: Tierversuche sind grausam. Jährlich werden Versuche an 2,8 Millionen Tieren durchgeführt. Damit sind wir vom angekündigten Ziel der Bundesregierung, „Tierversuche komplett zu ersetzen“, noch meilenweit entfernt, obwohl vielfach bereits Alternativverfahren existieren. Bei der Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie hat die Bundesregierung ganz klar versagt. Anstatt sich international als Vorreiter bei der Anwendung und Weiterentwicklung von tierversuchsfreien Forschungsmethoden zu profilieren, legt die Bundesregierung den Behörden Steine in den Weg. Wir wollen, dass diese endlich die Möglichkeit bekommen, Versuchsvorhaben unabhängig und unparteiisch auf ihre Unerlässlichkeit und ethische Vertretbarkeit zu prüfen. So sieht dies auch die EU-Richtlinie vor. Durch die mangelhafte Umsetzung wird außerdem vereitelt, dass extrem belastende Tierversuche nur noch vereinzelt durchgeführt werden dürfen. Moderne Alternativmethoden können oft

genauere Ergebnisse erzielen als Tierversuche. Wenn Politik und Technologieentwicklung Hand in Hand gehen, wie im Fall des EU-weiten Tierversuchsverbots für Kosmetikprodukte, kann der stärkere Einsatz von Alternativen gelingen. Dies muss auch für andere Bereiche gelten. Dass nach wie vor völlig legal Tierversuche für Antifaltenmittel oder Putzmittel gemacht werden, ist skandalös. Wir fordern von der Bundesregierung, das Tierschutzgesetz und die Tierschutz-Versuchstierverordnung zügig zu überarbeiten und die Hochschulen dabei zu unterstützen, Alternativverfahren zu entwickeln und anzuwenden.

Nicole Maisch (MdB)

25.04.2016 RAPEX-Bericht: Spielsachen und Kleidung müssen sicher sein

Zu dem von der EU-Kommission vorgelegten aktuellen RAPEX-Bericht über gefährliche Produkte erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik: Spielzeug, Kleidung und Kosmetika sind nach wie vor häufig nicht sicher. Allein 2015 wurden 2.072 Produkte in der EU als gefährlich eingestuft und Warnungen ausgesprochen. Hier besteht noch immer dringender Handlungsbedarf. Der Großteil der gefährlichen Produkte kam auch 2015 wieder aus China. Obwohl das Problem bekannt ist, zieht die Bundesregierung daraus nicht die notwendigen Konsequenzen. Ein im Koalitionsvertrag angekündigtes EU-Sicherheitszeichen sowie eine verbindliche Drittprüfung für Spielzeug auf EU-Ebene lassen weiter auf sich warten. Eine deutsch-chinesische Arbeitsgruppe zur Spielzeugsicherheit, die 2009 ins Leben gerufen wurde, dümpelt nach wie vor vor sich hin. Verbraucher müssen darauf vertrauen können, dass die Produkte, die sie kaufen, nicht zu einer Gesundheitsgefahr werden. Gerade, wenn es um so sensible Produkte geht wie Kinderspielzeug oder Babykleidung, die eng am Körper getragen oder in den Mund genommen werden. Daher ist es umso erschreckender, dass es sich bei den beanstandeten Produkten - wie auch im Vorjahr - vor allem um Spielzeug und Kleidung handelt. Wirtschaftsminister Gabriel muss endlich dafür sorgen, dass sich Eltern darauf verlassen können, dass Kinderspielzeug in Deutschland sicher ist. Kleidung und Kosmetika müssen frei von gefährlichen Schad- und Giftstoffen sein.